

DEUTSCHES INSTITUT
FÜR JUGENDHILFE UND
FAMILIENRECHT e. V.



FORUM FÜR FACHFRAGEN

Postfach 10 20 20
D-69010 Heidelberg

Fon 0 62 21/98 18-0
Fax 0 62 21/98 18-28

institut@dijuf.de
www.dijuf.de

ÖRTLICHE ZUSTÄNDIGKEIT UND KOSTENERSTATTUNG IN DER KINDER- UND JUGENDHILFE

Länderbericht England

Daniel Hug*

* Bei diesem Länderbericht handelt es sich um den Auszug aus einer Diplomarbeit, die im Sommersemester 2008 an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin bei Prof. Dr. Christian Bernzen eingereicht wurde.

1. Verwaltungsgliederung in England

„England ist insgesamt in neun Regionen gegliedert, darunter *Greater London* (Groß-London). Die Region *Greater London* ist ein Ausnahmefall und muss gesondert erklärt werden.

Die anderen acht Regionen gliedern sich in 35 *Countys* (Grafschaften) und 6 *Metropolitan Counties* (Großstadtgraftchaften) sowie 40 *Unitary Authorities* (Einheitsverwaltungen). Von den neun Regionen hat jede ihre eigene Verwaltungsbehörde, das Government Office. Zudem gehören zu jeder Region verschiedene weitere Behörden.

Die 35 *Countys* sind in 283 *Non-Metropolitan Districts* (Nichtgroßstädtische Bezirke) unterteilt. Die sechs *Metropolitan Counties* sind in insgesamt 36 *Metropolitan Districts* (Großstädtische Bezirke) unterteilt. Dazu kommen die 32 *London Boroughs* (Londoner Bezirke) und die *City of London*)“.¹

Definition District:

„Ein *District* ist ein Bezirk, der die unterste Ebene der Gebietskörperschaft im vereinigten Königreich bildet. Die *Districts* wurden in den 1970er Jahren eingeführt, um die *Countys* zu untergliedern. Wegen ihrer historischen Bedeutung und ihrer Größe könne die *Districts* den besonderen Status einer *City* oder eines *Borough* haben. 1988 wurden die Räte in den *Metropolitan Counties* abgeschafft und die Aufgaben auf die *Districts* delegiert. Somit können die *Metropolitan Districts* von der Aufgabenstellung her als *Unitary Authorities* betrachtet werden. 1996 wurden zudem viele *Non-Metropolitan Districts* zu *Unitary Authorities* erhoben, bzw. die *Districts* aus den *Countys* herausgelöst. Einen *District* in England kann man vom Gebiet her mit einem deutschen Landkreis vergleichen, allerdings trifft von der Aufgabenstellung her ein Vergleich mit deutschen Städten und Gemeinden eher zu“.²

Definition Unitary Authority:

„Im Vereinigten Königreich wird *Unitary Authority* (einheitliche Behörde) als eine Form der Verwaltungsgliederung bezeichnet, bei der zwei Verwaltungsstufen (*County* und *District*) zusammengelegt sind und somit nur von einer Verwaltungsbehörde verwaltet werden. In Deutschland wären dies zum Beispiel kreisfreie Städte. Genauer ge-

¹ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Verwaltungsgliederung_Englands 11.05.2008

² Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/District_%28Vereinigtes_K%C3%B6nigreich%29 11.05.2008

sagt sind es *Countys*, die aus nur einem *District* bestehen. Sie wurden aus *Countys* herausgelöst und erledigen alle Aufgaben einer Lokal- bzw. Gemeindeverwaltung (einstufige Verwaltung). Die Gebiete sind meist größere Städte, oder größere Bezirke, deren Kern städtisch geprägt ist. Im Gegensatz zu *Countys*, welche in *Districts* unterteilt sind (zweistufige Verwaltung), gibt es bei *Unitary Authorities* keine Verwaltungsebene unter ihnen und über ihnen befinden sich die *Home Countries* sowie die Zentralregierung in London“.³

2. Das Department of Health (Gesundheitsministerium)

„Das *Department of Health* ist das oberste Regierungsministerium, welches für die personellen sozialen Angebote und die Grundsätze der Sozialen Arbeit in England verantwortlich ist. Die Verantwortlichkeit beinhaltet ebenfalls den *National Health Service* (NHS), Grundsätze der Gemeinschaftspflege, die Umsetzung der wichtigsten Vorschriften im *Children Act* (Act=Gesetz), die Geschäftstätigkeiten des *Social Services Inspectorate* und die Gesundheitsförderung. Wie alle zentralen Regierungsministerien wird auch das Ministerium für Gesundheit von einem Minister (Gesundheitsminister) geleitet, der einen Sitz im Kabinett als übergeordneter Minister hat. In das Ministerium eingegliedert sind ein Manager des *National Health Service* (NHS) und ein Vorstand der *National Health Service Policy*. Diese sind für die Organisation und die grundsätzlichen Angelegenheiten die die NHS betreffen verantwortlich und stehen in direktem Kontakt mit dem Minister“.⁴

3. Allgemeine Darstellung des Children Act 1989

„Der *Children Act 1989* ist auf Kinder bezogen die wichtigste Gesetzgebung, die einen großen Rahmen in Sachen Verantwortlichkeit und Pflichten für Eltern, Gerichte und *Local Authorities* bietet, um das Wohl der Kinder zu schützen und zu fördern“.⁵

„Die *Local Authorities* (in Deutschland zu vergleichen mit dem Jugendamt) tragen die prinzipielle Verantwortung für die Bereitstellung und Koordinierung von Hilfsangeboten für Kinder in Not. Die *Local Authority* und andere relevanten Agenturen blei-

³ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Unitary_Authority 11.05.2008

⁴ Vgl. THOMAS, Martin/PIERSON, John, Collins dictionary of Social Work, Second edition 2002, S. 143

⁵ Vgl. THOMAS, Martin/PIERSON, John, Collins dictionary of Social Work, Second edition 2002, S.83

Forschungsprojekt „Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung in der Kinder- und Jugendhilfe“

ben verantwortlich für Entscheidungen über ihre Hilfeleistungen oder Verwaltungsangelegenheiten, die ihnen zugeteilt wurden. Sie sollen stets die beste relevante Hilfeform für andere Agenturen zur Verfügung stellen. Ebenso müssen sie verfügbar und vorbereitet sein, um bei der Hilfe von anderen Agenturen die Bedürfnisse von Kindern und ihren Eltern befriedigen zu können“.⁶

„In England und Wales ist eine *Local Authority* ein Rat einer Grafschaft, bzw. eines *Metropolitan District*, eines *London Borough* oder der Gemeinderat der City of London“.⁷

„Personen die für die Erbringung von sozialen Hilfeleistungen in einer *Local Authority* verantwortlich sind, bilden in der *Local Authority* das *Social Services Department*. Die meisten dort arbeitenden Personen sind Sozialarbeiter. Sie sind unter anderem verantwortlich, Repräsentanten der *Local Authority* zu wählen, die dann das *Social Service Committee* bilden. Primär hat das Department aber die Verantwortung für Kinder in Not und deren Familien sowie für Kinder die körperlich oder sexuell missbraucht wurden“.⁸

„Das zentrale Prinzip des *Children Act 1989* ist, dass auf die Kinder innerhalb der Familie mit beiden Elternteilen, die ihrer Rolle gerecht werden, aufgepasst wird. Beide Eltern (falls sie verheiratet sind) besitzen die elterliche Verantwortung und beide behalten diese falls sie sich trennen oder die *Local Authority* sich eine gewisse Zeit um sie (bzw. die gemeinsamen Kinder) kümmert. Unverheiratete Väter erlangen die elterliche Verantwortung entweder durch eine gerichtliche Anordnung (Court Order) oder mit Zustimmung der Kindesmutter. Der *Children Act 1989* verpflichtet die *Local Authorities* die Erziehung von in Not geratenen Kindern in ihren Familien zu fördern, solange dies mit dem Wohl des Kindes einhergeht. Kinder in Not sind nach der Gesetzgebung des *Children Act 1989* diejenigen, deren Entwicklung und Gesundheit sich ohne unterstützende Hilfe vermindern würde, oder diejenigen die an einer psychischen oder physischen Behinderung leiden.

Hilfen von *Local Authorities* einschließlich Heimunterbringungen werden nach Verhandlungen und der Zustimmung der Eltern erbracht, um ihnen ihre Verantwortung gegenüber ihren Kindern deutlich zu machen. Die kulturellen und linguistischen Hintergründe müssen während der Erstellung eines Hilfeplans von der *Local Authority* in Betracht gezogen werden.

⁶ Vgl. <http://www.dh.gov.uk/en/Publicationsandstatistics/Publications/index.htm>, S.3

⁷ Vgl. Section 105(1b) Children Act 1989

⁸ Vgl. THOMAS, Martin/PIERSON, John, Collins dictionary of Social Work, Second edition 2002, S.512

Jedoch sind die unterstützenden Hilfemaßnahmen nicht immer ausreichend, um Kinder vor den Bedrohungen ihres Wohlbefindens zu schützen. Die Eltern können sich z. B. unkooperativ gegenüber der *Local Authority* verhalten oder deren Hilfe ablehnen. Des Weiteren könnte das Kind Opfer einer Misshandlung durch die Eltern oder einer anderen im Haushalt lebenden Person geworden sein. In diesen Fällen kann die *Local Authority* sich an das Gericht (*Court*) wenden, um weitere Hilfen in Form von verschiedenen gerichtlichen Anordnungen (*Court Order*) zu erlangen“.⁹ „Eine *Supervision Order* stellt das Kind unter die Verantwortung eines Sozialarbeiters oder eines Bewährungshelfers, der Bedingungen aufstellt, die das Kind oder die junge Person befolgen muss. Eine weitere gerichtliche Anordnung ist z.B. eine *Child Assessment Order* die die Eltern verpflichtet, bei der Einschätzung ihres Kindes mit der *Local Authority* zu kooperieren.

In extremeren Fällen kann die *Local Authority* eine *Care- oder Supervision Order* beantragen. Um eine der beiden Anordnungen zu erlangen, muss das Gericht überzeugt sein, dass das Kind aufgrund von nicht ausreichend durchgeführter elterlicher Sorge leidet, oder dass das Kind sich außerhalb der Kontrolle der Eltern bewegt. Zusätzlich muss die *Authority* klar machen, dass es besser für das Kind ist, eine Anordnung zu erlassen, indem sie die entworfenen Hilfepläne, die das Kind betreffen, vorstellt. Obwohl die Begründungen für eine *Care Order* genau dieselben sind wie die für eine *Supervision Order*, bewilligt das Gericht nur in den seltensten Fällen eine *Care Order*. Eine *Care Order* gilt bis das Kind 18 Jahre alt ist, oder das Gericht sie vorher zurücknimmt. Wichtiger ist jedoch, dass mit einsetzen einer *Care Order* die *Local Authority* die elterliche Verantwortung und zusätzliche Entscheidungskraft für Hilfepläne für das Kind erlangt.

Das Gesetz regelt allerdings nicht nur Streitigkeiten zwischen *Local Authority* und Eltern, sondern sieht auch Regelungen vor, um Streitigkeiten zwischen Eltern und deren Kindern zu lösen. Einen wichtigen Abschnitt bilden hier die *Section 8 Orders*, welche nach dem Abschnitt, in dem sie in dem Gesetz zu finden sind, benannt wurden. Jede der vier Anordnungen beabsichtigt die Lösung von Meinungsverschiedenheiten über praktische Vereinbarungen, die das Kind betreffen. Entscheidungen, wie z.B. wer das Kind sehen darf oder bei wem es leben soll, werden hier getroffen. Die zwei wichtigsten Anordnungen sind die *Residence Order*, welche bestimmt, bei wem das Kind leben soll und die *Contact Order*, welche die Häufigkeit der Kontakte zwischen dem Kind und den Eltern oder anderen in der Familie lebenden Personen bestimmt. Die

⁹ Vgl. THOMAS, Martin/PIERSON, John (FN57)

Gerichte genießen hohe Flexibilität bei der Bestimmung von Anordnungen. So können sie z.B. eine *Residence Order* mit einer *Supervision Order* kombinieren, anstatt eine *Care Order* zu erlassen“.¹⁰

Wird ein Kind mit dem Einverständnis der Eltern im Heim untergebracht oder ist das Kind Gegenstand einer *Care Order*, so wird das Kind vom *Children Act 1989* als *looked after* bezeichnet (*Section 22(1) Children Act 1989*).

In diesen Fällen hat die *Local Authority* die Verantwortung darüber, ob das Kind in einer Pflegefamilie oder einem Kinderheim untergebracht wird. Die *Local Authority* muss versuchen, das Kind so nah wie möglich an seinem Heimatort unterzubringen und sich mit dem Kind über die Entscheidung der Unterbringung beraten.

Das Gesetz regelt außer den bisher genannten Fällen auch Vorfälle in denen einer *Local Authority* bekannt wird, dass ein Kind sofortige Hilfe benötigt. Falls eine „*Local Authority*“ reelle Gründe hat, um zu vermuten, dass ein Kind an körperlichen Verletzungen leidet, hat diese die Pflicht, die Lebensumstände des Kindes und seine Umgebung zu untersuchen. Der Grund für diese Untersuchung ist, der *Local Authority* die Entscheidung zu ermöglichen, ob eine *Emergency Protection Order* oder eine andere Art der Hilfestellung nach dem Gesetz gewählt werden soll. Eine solche Anordnung soll aber nur in besonders dringenden Fällen getroffen werden, z. B. dann, wenn ein Kind akut bedroht wird. Die *Local Authority* kann dann das Kind von dem jeweiligen Ort der Bedrohung entfernen und das Kind an einem sicheren Ort wie z.B. einem Krankenhaus bis maximal acht Tage unterbringen mit einer möglichen Verlängerung in besonderen Ausnahmefällen von bis zu sieben Tagen.

Der *Children Act 1989* versucht es zu vermeiden, Kinder vor das Gericht zu bringen. Falls es nicht anders möglich ist, soll sichergestellt sein, dass die Meinung der Kinder oder jungen Personen gehört wird. Auf die Meinung der Eltern in Bezug auf die Hilfeplanung der *Local Authority* wird ebenfalls viel Wert gelegt.

¹⁰ Vgl. THOMAS, Martin/PIERSON, John, *Collins dictionary of Social Work*, Second edition 2002, S.84

Section 22(1) Children Act 1989

General duty of local authority in relation to children looked after by them:

(1) In this Act, any reference to a child who is looked after by a local authority is a reference to a child who is—

(a) in their care; or

(b) provided with accommodation by the authority in the exercise of any functions (in particular those under this Act) which stand referred to their social services committee under the [1970 c. 42.] *Local Authority Social Services Act 1970*.

(...)

Die wichtigste Herausforderung, die der *Children Act 1989* für professionelle Sozialarbeiter offenbart, ist, dass die Zusammenarbeit zwischen den Eltern und den *Local Authorities* in schwierigen und stressigen Momenten funktioniert“.¹¹

4. Regelungen im Children Act bezüglich der Zuständigkeit und Kostenheranziehung/Kostenerstattung

„Die wichtigsten Regelungen für die Klärung der Zuständigkeit der *Local Authorities* befinden sich in *Part III* und *Schedule 2 Children Act 1989*“.¹²

Um die Frage der Zuständigkeit der *Local Authorities* klären zu können, wird auch in England auf den gewöhnlichen bzw. den tatsächliche Aufenthalt abgestellt. „Der tatsächliche Aufenthaltsort ist eine Tatsache und somit einfach festzustellen. Der gewöhnliche Aufenthalt dagegen ist eher unpräzise definiert und kann daher weniger eindeutig festgestellt werden“.¹³ Ein Kind hält sich immer in einem Gebiet von einer zu identifizierenden *Local Authority* tatsächlich auf, allerdings wird es nicht immer einen eindeutig zu identifizierenden Ort des gewöhnlichen Aufenthalts haben.

„Um den gewöhnlichen Aufenthalt eines Kindes festzustellen, wird jeder zeitliche Abschnitt, in dem sich das Kind z. B. in einem Heim, im Internat oder einer anderen Institution aufgehalten hat, ignoriert“.¹⁴

Dies ist in *Section 105(6) Children Act 1989* geregelt.¹⁵

Eine Bestimmung, dass z.B. erst auf den gewöhnlichen und erst nachrangig auf den tatsächliche Aufenthaltsort des Kindes abgestellt wird, wie es in Deutschland der Fall ist, ist in England nicht vorhanden. In England ist dies klar eingeteilt. Erfolgt die Hilfeleistung auf freiwilliger Basis, so ist der tatsächliche Aufenthaltsort des Kindes für die

¹¹ Vgl. THOMAS, Martin/PIERSON, John, *Collins dictionary of Social Work*, Second edition 2002, S.85

¹² Vgl. <http://www.dh.gov.uk/en/Publicationsandstatistics/Publications/index.htm>, S.1

¹³ Vgl. <http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008 S. 1

¹⁴Vgl. <http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008

S. 2

¹⁵ Section 105(6) Children Act 1989:

(...)

(6) In determining the "ordinary residence" of a child for any purpose of this Act, there shall be disregarded any period in which he lives in any place—

(a) which is a school or other institution;

(b) in accordance with the requirements of a supervision order under this Act or an order under section 7(7)(b) of the [1969 c. 54.] *Children and Young Persons Act 1969*; or

(c) while he is being provided with accommodation by or on behalf of a local authority.

(...)

Bestimmung der zuständigen *Local Authority* maßgeblich. Wird aber die Hilfeleistung aufgrund einer gerichtlichen Anordnung gewährt, so ist die *Local Authority* zuständig, in deren Zuständigkeitsbereich das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

„Zieht ein Kind in einen neuen Zuständigkeitsbereich um, ist es in einigen Fällen besser, wenn die bisher zuständige *Local Authority* weiter zuständig bleibt. In einigen Fällen kann die Hilfeleistung jedoch besser durchgeführt werden, wenn die bisher zuständige *Local Authority* mit der *Local Authority* über die Fallübernahme verhandelt, die für den Bereich zuständig ist in dem sich das Kind nach dem Umzug aufhält“.¹⁶

4.1 Zusatzregelung zur Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts:

Section 30 Children Act 1989¹⁷.

Alle Unklarheiten, die in *Section 20(2)*, *21(3)* oder *29(7-9)* bezüglich der Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts auftreten können, sollen mit der Zustimmung der betroffenen *Local Authorities* geklärt werden. Erfolgt auf diesem Weg keine Einigung, bestimmt der *Secretary of State* den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts.

4.2. Wichtige Regelungen bei freiwilliger Hilfestellung:

Hier ist jeweils der tatsächliche Aufenthalt für die Bestimmung der Zuständigkeit maßgeblich.

¹⁶ Vgl.: E-Mail von: info@dcsf.gsi.gov.uk (siehe Anhang)

¹⁷ Section 30 Children Act 1989:

(1) Nothing in this Part shall affect any duty imposed on a local authority by or under any other enactment.

(2) Any question arising under section 20(2), 21(3) or 29(7) to (9) as to the ordinary residence of a child shall be determined by agreement between the local authorities concerned or, in default of agreement, by the Secretary of State.

(3) Where the functions conferred on a local authority by this Part and the functions of a local education authority are concurrent, the Secretary of State may by regulations provide by which authority the functions are to be exercised.

(4) The Secretary of State may make regulations for determining, as respects any local education authority functions specified in the regulations, whether a child who is being looked after by a local authority is to be treated, for purposes so specified, as a child of parents of sufficient resources or as a child of parents without resources.

Section 17 Children Act 1989¹⁸

Provision of services for children in need, their families and others

(Bereitstellung von Dienstleistungen für gefährdete Kinder, ihre Familien und andere)

Absatz 1 besagt, dass jede *Local Authority* verpflichtet ist, das Wohlbefinden von gefährdeten Kindern in ihrem Zuständigkeitsbereich sicherzustellen und zu fördern (1a).

Wie oben schon erwähnt, ist also der tatsächliche Aufenthalt des Kindes maßgeblich für die Zuständigkeit. „Generell ist die *Local Authority* für Kinder in Not nach *Section 17* zuständig, in deren Bereich sich das hilfebedürftige Kind tatsächlich aufhält“.¹⁹

„Die endgültige Klärung der Zuständigkeit ist jedoch eine Angelegenheit, die selbstständig von den *Local Authorities* geklärt wird, weil der *Secretary of State* kaum explizite Befugnisse besitzt, um solche Angelegenheiten bestimmen zu können“.²⁰

Sofern es Bestandteil der Pflicht ist, soll ebenfalls die Erziehung der Kinder von deren Familien gefördert werden, indem ein breites Feld an Dienstleistungen die für die Bedürfnisse der Kinder angemessen sind bereitgestellt wird (1b).

¹⁸ Section 17 Children Act 1989

Provision of services for children in need , their families and others

(1) It shall be the general duty of every local authority (in addition to the other duties imposed on them by this Part)—

(a) to safeguard and promote the welfare of children within their area who are in need; and
(b) so far as is consistent with that duty, to promote the upbringing of such children by their families, by providing a range and level of services appropriate to those children's needs.

(2) For the purpose principally of facilitating the discharge of their general duty under this section, every local authority shall have the specific duties and powers set out in Part 1 of Schedule 2.

(3) Any service provided by an authority in the exercise of functions conferred on them by this section may be provided for the family of a particular child in need or for any member of his family, if it is provided with a view to safeguarding or promoting the child's welfare.

(4) The Secretary of State may by order amend any provision of Part 1 of Schedule 2 or add any further duty or power to those for the time being mentioned there.

(5) Every local authority—

(a) shall facilitate the provision by others (including in particular voluntary organisations) of services which the authority have power to provide by virtue of this section, or section 18, 20, 23 or 24; and

(b) may make such arrangements as they see fit for any person to act on their behalf in the provision of any such service.

(6) The services provided by a local authority in the exercise of functions conferred on them by this section may include giving assistance in kind or, in exceptional circumstances, in cash.

(7) Assistance may be unconditional or subject to conditions as to the repayment of the assistance or of its value (in whole or in part).

(8) Before giving any assistance or imposing any conditions, a local authority shall have regard to the means of the child concerned and of each of his parents.

(9) No person shall be liable to make any repayment of assistance or of its value at any time when he is in receipt of income support or family credit under the [1986 c. 50.] Social Security Act 1986.

¹⁹Vgl. <http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008 S.4

²⁰ Vgl.: E-Mail von: info@dcsgsi.gov.uk (siehe Anhang)

Der Begriff „Gefährdete Kinder“ (*children in need*) wird in *Section 17(10)* genauer definiert.²¹

Ein Kind ist demnach dann als gefährdet zu betrachten, wenn es ohne die Bereitstellung von Dienstleistungen einer *Local Authority* keinen vernünftigen Gesundheits- und Entwicklungsstandart besitzt (10a) oder wenn sein Gesundheit- und Entwicklungsstandard ohne die Bereitstellung von Dienstleistungen einer *Local Authority* signifikant vermindert wäre (10b); oder wenn es behindert ist (10c). Zur Ergänzung definiert *Section 17(11)* in welchem Fall ein Kind als behindert anzusehen ist.²²

Section 18 Children Act 1989

Day care for pre-school and other children²³

(Tagesbetreuung für Kinder im Vorschulalter und anderen Alters)

Jede *Local Authority* soll Tagesbetreuungen für gefährdete Kinder, die fünf Jahre alt oder jünger sind, und noch nicht zur Schule gehen, in deren Zuständigkeitsbereich bereitstellen (1a). Jede *Local Authority* kann eine Tagesbetreuung für Kinder (die

²¹ (10) For the purposes of this Part a child shall be taken to be in need if—

(a) he is unlikely to achieve or maintain, or to have the opportunity of achieving or maintaining, a reasonable standard of health or development without the provision for him of services by a local authority under this Part;

(b) his health or development is likely to be significantly impaired, or further impaired, without the provision for him of such services; or

(c) he is disabled.

²² (11) For the purposes of this Part, a child is disabled if he is blind, deaf or dumb or suffers from mental disorder of any kind or is substantially and permanently handicapped by illness, injury or congenital deformity or such other disability as may be prescribed; and in this Part—

“development” means physical, intellectual, emotional, social or behavioural development; and

“health” means physical or mental health.

²³ Section 18 Children Act 1989

Day care for pre-school and other children:

(1) Every local authority shall provide such day care for children in need within their area who are—

(a) aged five or under; and

(b) not yet attending schools,

as is appropriate.

(2) A local authority may provide day care for children within their area who satisfy the conditions mentioned in subsection (1)(a) and (b) even though they are not in need.

(5) Every local authority shall provide for children in need within their area who are attending any school such care or supervised activities as is appropriate—

(a) outside school hours; or

(b) during school holidays.

(6) A local authority may provide such care or supervised activities for children within their area who are attending any school even though those children are not in need.

die Anforderungen von 1a und b erfüllen) in deren Zuständigkeitsbereich einleiten, obwohl diese nicht unmittelbar als gefährdet anzusehen sind.

Die Tagesbetreuungen und betreute Aktivitäten können ebenfalls außerhalb der Schulzeit oder in den Ferien erfolgen (5a+b). Dies gilt für jede Art von Schule die die Kinder besuchen und auch dann wenn sie nicht als gefährdet anzusehen sind(6).

Kostenheranziehung bezüglich Section 17+18 Children Act 1989:

Section 29 Children Act 1989²⁴

Recoument of cost of providing services etc.

(Ausgleich von finanziellen Verlusten aufgrund der Bereitstellung von Dienstleistungen)

Erfolgt eine Hilfeleistung nach *Section 17* oder *18 Children Act 1989*, können Unterhaltsberechtigten und Hilfeempfänger für den Ausgleich des finanziellen Defizits der *Local Authority*, welches aufgrund der Bereitstellung der Hilfeleistung entstanden ist, voll oder teilweise herangezogen werden. *Section 29(1-5)* betrifft den Bereich der Kostenheranziehung, während sich *Section 29(6-9)* auf den Bereich der Kostenerstattung beziehen.

Wird eine Dienstleistung von einer *Local Authority* nach *Section 17* oder *18 Children Act 1989* bereitgestellt, werden die in *Subsection (4)* definierten Personen für den Ausgleich des finanziellen Defizits herangezogen, falls die *Local Authority* dies für begründet erachtet. Für Beratungsgespräche dürfen keine Kosten verlangt werden *29(1)*. Ist das Kind jünger als 16, sind die Eltern für eventuelle Ausgleichs verantwortlich. Ist das Kind älter als 16, dann kann die *Local Authority* das Kind bzw. den Jugendlichen für den finanziellen Ausgleich heranziehen. Wird die Dienstleistung für ein

²⁴ Section 29 Children Act 1989²⁴

Recoument of cost of providing services etc.

(1) Where a local authority provide any service under section 17 or 18, other than advice, guidance or counselling, they may recover from a person specified in subsection (4) such charge for the service as they consider reasonable.

(2) Where the authority are satisfied that that person's means are insufficient for it to be reasonably practicable for him to pay the charge, they shall not require him to pay more than he can reasonably be expected to pay.

(3) No person shall be liable to pay any charge under section (1) at any time when he is in receipt of income support or family credit under the [1986 c. 50.] Social Security Act 1986.

(4) The persons are—

(a) where the service is provided for a child under sixteen, each of his parents;

(b) where it is provided for a child who has reached the age of sixteen, the child himself; and

(c) where it is provided for a member of the child's family, that member.

(5) Any charge under subsection (1) may, without prejudice to any other method of recovery be recovered summarily as a civil debt.

Mitglied der Familie des Kindes bereitgestellt, ist dieses Mitglied eventuell kostenerstattungspflichtig (*Subsection(4)*).

Ist es für eine *Local Authority* ersichtlich, dass die Person ein zu geringes Vermögen besitzt um die Kosten voll erstatten zu können, soll diese Person nicht mehr bezahlen, als sie wirklich bezahlen kann (*Section 29(2)*). Aus den ersten beiden *Subsections* ist ersichtlich, dass den *Local Authorities* in diesem Bereich ein gewisser Handlungsspielraum gelassen wird, da sie eigenständig über die Kostenerstattung und deren Höhe frei entscheiden können. Verpflichtend ist jedoch, dass von Personen die nach *Section 17* und *18 Children Act 1989* Hilfe empfangen haben und Sozialhilfeempfänger bzw. Familienzuschüsse empfangen, keine Kosten zurückerstattet werden dürfen (*Section 29 (3)*).

Section 20 Children Act 1989

Provision of accommodation for children: general

(Bereitstellung von Unterkünften für Kinder: allgemein)

Jede *Local Authority* soll für jedes Kind das sich in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen tatsächlich aufhält und gefährdet ist, Unterkünfte bereitstellen. Gründe für die Gefährdung können das Fehlen einer Person mit elterlicher Verantwortung für das Kind oder das Verlassen des Kindes sein (*Section 20(1a+b)*).

„Stellt eine *Local Authority* eine Unterkunft nach Absatz 1 für ein Kind bereit, das seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem Zuständigkeitsbereich einer anderen *Local Authority* begründet, kann diese *Local Authority* die Bereitstellung der Unterkunft innerhalb von drei Monaten, nachdem diese schriftlich über die Unterbringung informiert wurde, übernehmen (2a). Wichtig ist, dass die *Local Authority*, in deren Zuständigkeitsbereich der gewöhnliche Aufenthalt des Kindes liegt, nicht verpflichtet ist, den Fall zu übernehmen“.²⁵ In Absatz 2 wird deutlich, dass der tatsächliche Aufenthalt des Kindes die Zuständigkeit der *Local Authority* bestimmt, und der gewöhnliche Aufenthaltsort für die primäre freiwillige Hilfestellung außer Betracht gelassen wird. Die *Local Authority* muss Unterkünfte für Kinder bereitstellen, die 16 Jahre oder älter sind und sich tatsächlich in ihrem Zuständigkeitsbereich aufhalten (3).²⁶

²⁵ Vgl. <http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008, S.5

²⁶ Section 20 Children Act 1989

Provision of accommodation for children: general:

(1) Every local authority shall provide accommodation for any child in need within their area who appears to them to require accommodation as a result of—
(a) there being no person who has parental responsibility for him;

Kostenerstattung betreffend Section 20(1) Children Act 1989:

Section 29(7) Children Act 1989

Stellt eine *Local Authority* (LA1) irgendeine Unterkunft nach *Section 20(1)* für ein Kind bereit, das unmittelbar vor der Unterbringung seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem Zuständigkeitsbereich einer anderen *Local Authority* (LA2) hatte, kann LA1 von LA2 alle Ausgaben für die Unterkunft und die Unterhaltskosten für das Kind zurückverlangen.²⁷

-
- (b) his being lost or having been abandoned; or
(c) the person who has been caring for him being prevented (whether or not permanently, and for whatever reason) from providing him with suitable accommodation or care.
(2) Where a local authority provide accommodation under subsection (1) for a child who is ordinarily resident in the area of another local authority, that other local authority may take over the provision of accommodation for the child within—
(a) three months of being notified in writing that the child is being provided with accommodation; or
(b) such other longer period as may be prescribed.
(3) Every local authority shall provide accommodation for any child in need within their area who has reached the age of sixteen and whose welfare the authority consider is likely to be seriously prejudiced if they do not provide him with accommodation.
(4) A local authority may provide accommodation for any child within their area (even though a person who has parental responsibility for him is able to provide him with accommodation) if they consider that to do so would safeguard or promote the child's welfare.
(5) A local authority may provide accommodation for any person who has reached the age of sixteen but is under twenty-one in any community home which takes children who have reached the age of sixteen if they consider that to do so would safeguard or promote his welfare.
(6) Before providing accommodation under this section, a local authority shall, so far as is reasonably practicable and consistent with the child's welfare—
(a) ascertain the child's wishes regarding the provision of accommodation; and
(b) give due consideration (having regard to his age and understanding) to such wishes of the child as they have been able to ascertain.
(7) A local authority may not provide accommodation under this section for any child if any person who—
(a) has parental responsibility for him; and
(b) is willing and able to—
(i) provide accommodation for him; or
(ii) arrange for accommodation to be provided for him, objects.
(8) Any person who has parental responsibility for a child may at any time remove the child from accommodation provided by or on behalf of the local authority under this section.
(9) Subsections (7) and (8) do not apply while any person—
(a) in whose favour a residence order is in force with respect to the child; or
(b) who has care of the child by virtue of an order made in the exercise of the High Court's inherent jurisdiction with respect to children, agrees to the child being looked after in accommodation provided by or on behalf of the local authority.
(10) Where there is more than one such person as is mentioned in subsection (9), all of them must agree.
(11) Subsections (7) and (8) do not apply where a child who has reached the age of sixteen agrees to being provided with accommodation under this section.

²⁷ Section 29(7) Children Act 1989

(...)

Section 21 Children Act 1989

Provision of accommodation for children in police protection or detention or on remand, etc

(Bereitstellung von Unterkünften für Kinder in Polizeischutz, Gefängnis oder Untersuchungshaft)

„Wenn eine *Local Authority* (LA1) Nothandlungen für ein Kind unternimmt, dessen gewöhnlicher Aufenthalt in dem Zuständigkeitsbereich einer anderen *Local Authority* (LA2) begründet ist, kann LA1 von LA2 jegliche Ausgaben für die Bereitstellung der Unterkunft und die Unterhaltskosten zurückverlangen, es sei denn, das Kind hat sich in einem Gemeinschaftsheim oder Krankenhaus aufgehalten“.²⁸

(7) Where a local authority provide any accommodation under section 20(1) for a child who was (immediately before they began to look after him) ordinarily resident within the area of another local authority, they may recover from that other authority any reasonable expenses incurred by them in providing the accommodation and maintaining him.

(...)

²⁸ Vgl. <http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008, S.3

Section 21 Children Act 1989

Provision of accommodation for children in police protection or detention or on remand, etc

(1) Every local authority shall make provision for the reception and accommodation of children who are removed or kept away from home under Part V.

(2) Every local authority shall receive, and provide accommodation for, children—

(a) in police protection whom they are requested to receive under section 46(3)(f);

(b) whom they are requested to receive under section 38(6) of the [1984 c. 60.] Police and Criminal Evidence Act 1984;

(c) who are—

(i) on remand under section 23(1) of the [1969 c. 54.] Children and Young Persons Act 1969; or

(ii) the subject of a supervision order imposing a residence requirement under section 12AA of that Act, and with respect to whom they are the designated authority.

(3) Where a child has been—

(a) removed under Part V; or

(b) detained under section 38 of the Police and Criminal Evidence Act 1984, and he is not being provided with accommodation by a local authority or in a hospital vested in the Secretary of State, any reasonable expenses of accommodating him shall be recoverable from the local authority in whose area he is ordinarily resident.

Kostenerstattung bezüglich Section 21(1) & (2a) Children Act 1989:

Section 29(8) Children Act 1989²⁹

Ähnlich wie die Kostenerstattungsregelung für *Section 20(1) Children Act 1989* verhält sich auch die Regelung bezüglich *Section 21(1) & (2a)*.

Local Authorities, die nach *Section 20* und *21* tätig werden, können Gelder die sie für die Bereitstellung der Unterkunft aufgewendet haben, von der *Local Authority* zurückverlangen, in deren Zuständigkeitsbereich das/die Kind/er sein/ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat/haben.

Grund für die Regelungen in *Section 29(7)* und *29(8) Children Act* ist der Schutz der Einrichtungsorte vor übermäßiger Kostenbelastung.

Section 27 Children Act 1989³⁰

Co-operation between authorities

(Amtshilfeleistungen einer *Local Authority* für ein Kind, das sich nicht gewöhnlich in seinem Zuständigkeitsbereich aufhält)

“Ist eine *Local Authority* auf die Hilfe einer anderen *Local Authority* oder Person die in (3) genannt wird bei der Hilfestellung angewiesen, kann diese Hilfe erbeten werden 27(1). Diese Hilfe soll nur dann oder soweit geleistet werden, so fern die hilfeleis-

²⁹ Section 29(8) Children Act:

(8) Where a local authority provide accommodation under section 21(1) or (2)(a) or (b) for a child who is ordinarily resident within the area of another local authority and they are not maintaining him in—

(a) a community home provided by them;

(b) a controlled community home; or

(c) a hospital vested in the Secretary of State,

they may recover from that other authority any reasonable expenses incurred by them in providing the accommodation and maintaining him.

³⁰ Section 27 Children Act 1989

Co-operation between authorities:

(1) Where it appears to a local authority that any authority or other person mentioned in subsection (3) could, by taking any specified action, help in the exercise of any of their functions under this Part, they may request the help of that other authority or person, specifying the action in question.

(2) An authority whose help is so requested shall comply with the request if it is compatible with their own statutory or other duties and obligations and does not unduly prejudice the discharge of any of their functions.

(3) The persons are—

(a) any local authority,

(b) any local education authority;

(c) any local housing authority;

(d) any health authority; and

(e) any person authorised by the Secretary of State for the purposes of this section.

(4) Every local authority shall assist any local education authority with the provision of services for any child within the local authority's area who has special educational needs.

tende *Local Authority* weiter in der Lage ist, ihren eigenen Pflichten nachzukommen und ihre Funktionen damit nicht eingeschränkt werden 27(2)“.³¹

Kostenerstattung bezüglich Section 27(1) & (2) Children Act 1989:

Section 29(8) Children Act 1989³²

Wird eine *Local Authority* oder andere Person nach *Section 27(1)* in Bezug auf ein Kind oder andere Person tätig, obwohl sich dieses Kind oder die andere Person nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich gewöhnlich aufhält, ist die *Local Authority* erstattungspflichtig, in deren Zuständigkeitsbereich sich das Kind/die Person gewöhnlich aufhält.

Section 47 Children Act 1989³³

³¹ Vgl. <http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008, S.4

³² Section 29(8) Children Act 1989:

(9) Where a local authority comply with any request under section 27(2) in relation to a child or other person who is not ordinarily resident within their area, they may recover from the local authority in whose area the child or person is ordinarily resident any expenses reasonably incurred by them in respect of that person.

³³ Section 47 Children Act 1989

Local authority's duty to investigate:

(1) Where a local authority—

(a) are informed that a child who lives, or is found, in their area—

(i) is the subject of an emergency protection order; or

(ii) is in police protection; or

(b) have reasonable cause to suspect that a child who lives, or is found, in their area is suffering, or is likely to suffer, significant harm,

the authority shall make, or cause to be made, such enquiries as they consider necessary to enable them to decide whether they should take any action to safeguard or promote the child's welfare.

(2) Where a local authority have obtained an emergency protection order with respect to a child, they shall make, or cause to be made, such enquiries as they consider necessary to enable them to decide what action they should take to safeguard or promote the child's welfare.

(3) The enquiries shall, in particular, be directed towards establishing—

(a) whether the authority should make any application to the court, or exercise any of their other powers under this Act, with respect to the child;

(b) whether, in the case of a child—

(i) with respect to whom an emergency protection order has been made; and

(ii) who is not in accommodation provided by or on behalf of the authority,

it would be in the child's best interests (while an emergency protection order remains in force) for him to be in such accommodation; and

(c) whether, in the case of a child who has been taken into police protection, it would be in the child's best interests for the authority to ask for an application to be made under section 46(7).

(4) Where enquiries are being made under subsection (1) with respect to a child, the local authority concerned shall (with a view to enabling them to determine what action, if any, to take with respect to him) take such steps as are reasonably practicable—

Local authority's duty to investigate

(Die Untersuchungspflicht einer *Local Authority*)

Hier wird geregelt, dass eine *Local Authority* zur Untersuchung verpflichtet ist, wenn ein Kind in deren Zuständigkeitsbereich lebt, dort gefunden wird, sich unter Polizeischutz befindet, oder die *Local Authority* Grund zu der Annahme hat, dass das Kind an deutlichen körperlichen Verletzungen leidet. Die *Local Authority* soll dann die Untersuchungen einleiten, die sie für notwendig hält, um entscheiden zu können, ob Handlungsbedarf besteht um das Wohlbefinden des Kindes zu schützen und zu fördern oder nicht. (1)(a) und (b).

“Die Untersuchungspflicht betrifft immer die *Local Authority* in deren Zuständigkeitsbereich sich das Kind tatsächlich aufhält. Führt eine *Local Authority* (LA1) Untersu-

(a) to obtain access to him; or

(b) to ensure that access to him is obtained, on their behalf, by a person authorised by them for the purpose, unless they are satisfied that they already have sufficient information with respect to him.

(5) Where, as a result of any such enquiries, it appears to the authority that there are matters connected with the child's education which should be investigated, they shall consult the relevant local education authority.

(6) Where, in the course of enquiries made under this section—

(a) any officer of the local authority concerned; or

(b) any person authorised by the authority to act on their behalf in connection with those enquiries—

(i) is refused access to the child concerned; or

(ii) is denied information as to his whereabouts,

the authority shall apply for an emergency protection order, a child assessment order, a care order or a supervision order with respect to the child unless they are satisfied that his welfare can be satisfactorily safeguarded without their doing so.

(7) If, on the conclusion of any enquiries or review made under this section, the authority decide not to apply for an emergency protection order, a child assessment order, a care order or a supervision order they shall—

(a) consider whether it would be appropriate to review the case at a later date; and

(b) if they decide that it would be, determine the date on which that review is to begin.

(8) Where, as a result of complying with this section, a local authority conclude that they should take action to safeguard or promote the child's welfare they shall take that action (so far as it is both within their power and reasonably practicable for them to do so).

(9) Where a local authority are conducting enquiries under this section, it shall be the duty of any person mentioned in subsection (11) to assist them with those enquiries (in particular by providing relevant information and advice) if called upon by the authority to do so.

(10) Subsection (9) does not oblige any person to assist a local authority where doing so would be unreasonable in all the circumstances of the case.

(11) The persons are—

(a) any local authority;

(b) any local education authority;

(c) any local housing authority;

(d) any health authority; and

(e) any person authorised by the Secretary of State for the purposes of this section.

(12) Where a local authority are making enquiries under this section with respect to a child who appears to them to be ordinarily resident within the area of another authority, they shall consult that other authority, who may undertake the necessary enquiries in their place.

chungen hinsichtlich eines Kindes, das sich gewöhnlich im Zuständigkeitsbereich einer anderen *Local Authority* (LA2) aufhält, durch, so kann sich LA1 mit LA2 in Verbindung setzen und sich über eine mögliche Fallübernahme einigen. LA2 ist aber nicht zu einer Fallübernahme verpflichtet (*Section 47(12) Children Act 1989*).

„*Local Authorities* sind verpflichtet bei Untersuchungen nach *Section 47* zu helfen wenn sie darum gebeten werden, es sei denn die Hilfe ist entsprechend der Umstände des Falls unangemessen (*Section 47(9-11)*)“.³⁴

4.3 Wichtige Regelungen bei Hilfestellungen aufgrund von gerichtlichen Anordnungen

Bei Hilfestellungen deren Ursprung auf eine gerichtliche Anordnung zurückzuführen ist, bestimmt das Gericht die verantwortliche *Local Authority*. Bei einer *Care Order* ist dies in der Regel die *Local Authority*, in deren Bezirk das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Prinzipiell trägt die verantwortliche *Local Authority* die Kosten. Da es in diesem Bereich eine klare Zuordnung der Zuständigkeit durch das Gericht gibt, sind hier auch keine Regelungen für Kostenerstattungen vorhanden.

Section 31 Children Act 1989³⁵

³⁴ Vgl. <http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008 S.3

³⁵ Section 31 Children Act 1989
Care and supervision orders

- (1) On the application of any local authority or authorised person, the court may make an order—
- (a) placing the child with respect to whom the application is made in the care of a designated local authority; or
 - (b) putting him under the supervision of a designated local authority or of a probation officer.
- (2) A court may only make a care order or supervision order if it is satisfied—
- (a) that the child concerned is suffering, or is likely to suffer, significant harm; and
 - (b) that the harm, or likelihood of harm, is attributable to—
 - (i) the care given to the child, or likely to be given to him if the order were not made, not being what it would be reasonable to expect a parent to give to him; or
 - (ii) the child's being beyond parental control.
- (3) No care order or supervision order may be made with respect to a child who has reached the age of seventeen (or sixteen, in the case of a child who is married).
- (4) An application under this section may be made on its own or in any other family proceedings.
- (5) The court may—
- (a) on an application for a care order, make a supervision order;
 - (b) on an application for a supervision order, make a care order.
- (6) Where an authorised person proposes to make an application under this section he shall—
- (a) if it is reasonably practicable to do so; and
 - (b) before making the application,

Care and supervision orders

(Betreuung- und Beaufsichtigungsanordnungen)

Nach *Section 31 (8a+b)* ist die *Local Authority* zuständig, in deren Zuständigkeitsbereich das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt begründet, oder falls kein gewöhnlicher Aufenthalt nachzuweisen ist, die *Local Authority* in deren Zuständigkeitsbereich die Umstände aufkamen, die Grund für einen Antrag auf eine *Care Order* waren.

Auch bei den *Supervision Orders* bestimmt das Gericht die zuständige *Local Authority* die die Aufgabe des *Supervisors* übernehmen soll. Dies ist diejenige in deren Zuständigkeitsbereich das Kind lebt oder leben wird (*Schedule 3, Part 2, Paragraph 9 (1b) Children Act 1989*).

consult the local authority appearing to him to be the authority in whose area the child concerned is ordinarily resident.

(7) An application made by an authorised person shall not be entertained by the court if, at the time when it is made, the child concerned is—

(a) the subject of an earlier application for a care order, or supervision order, which has not been disposed of; or

(b) subject to—

(i) a care order or supervision order;

(ii) an order under section 7(7)(b) of the [1969 c. 54.] Children and Young Persons Act 1969; or

(iii) a supervision requirement within the meaning of the [1968 c. 49.] Social Work (Scotland) Act 1968.

(8) The local authority designated in a care order must be—

(a) the authority within whose area the child is ordinarily resident; or

(b) where the child does not reside in the area of a local authority, the authority within whose area any circumstances arose in consequence of which the order is being made.

(9) In this section—

“authorised person” means—

(a) the National Society for the Prevention of Cruelty to Children and any of its officers; and

(b) any person authorised by order of the Secretary of State to bring proceedings under this section and any officer of a body which is so authorised;

“harm” means ill-treatment or the impairment of health or development;

“development” means physical, intellectual, emotional, social or behavioural development;

“health” means physical or mental health; and

“ill-treatment” includes sexual abuse and forms of ill-treatment which are not physical.

(10) Where the question of whether harm suffered by a child is significant turns on the child's health or development, his health or development shall be compared with that which could reasonably be expected of a similar child.

(11) In this Act—

“a care order” means (subject to section 105(1)) an order under subsection (1)(a) and (except where express provision to the contrary is made) includes an interim care order made under section 38; and

“a supervision order” means an order under subsection (1)(b) and (except where express provision to the contrary is made) includes an interim supervision order made under section 38.

Schedule 3, Part 2, paragraph 9 Children Act 1989³⁶

Selection of supervisor

(Auswahl des Supervisors)

Das Gericht kann auch einer anderen *Local Authority* die Zuständigkeit zuweisen, Voraussetzung ist allerdings, dass diese zustimmt (*Schedule 3, Part 2, Paragraph 9 (1a)*).

Die gleichen Bestimmungen gelten auch für den Bereich der *Family Assistance Orders*. Auch hier ist primär die *Local Authority* zuständig, in deren Zuständigkeitsbereich das Kind lebt oder leben wird, wenn sich keine andere *Local Authority* bereit erklärt, die Supervision zu übernehmen. Diese Regelung befindet sich in *Section 16(7a+b)*.

Section 16 Children Act 1989³⁷

³⁶ Schedule 3, Part 2, paragraph 9 Children Act 1989

Selection of supervisor:

(1) A supervision order shall not designate a local authority as the supervisor unless—

- (a) the authority agree; or
- (b) the supervised child lives or will live within their area.

(2) A court shall not place a child under the supervision of a probation officer unless—

- (a) the appropriate authority so request; and
- (b) a probation officer is already exercising or has exercised, in relation to another member of the household to which the child belongs, duties imposed on probation officers...

(3) In sub-paragraph (2) “the appropriate authority” means the local authority appearing to the court to be the authority in whose area the supervised child lives or will live.

³⁷ Section 16 Children Act 1989

Family assistance orders:

(1) Where, in any family proceedings, the court has power to make an order under this Part with respect to any child, it may (whether or not it makes such an order) make an order requiring—

- (a) a probation officer to be made available; or
- (b) a local authority to make an officer of the authority available, to advise, assist and (where appropriate) befriend any person named in the order.

(2) The persons who may be named in an order under this section (“a family assistance order”) are—

- (a) any parent or guardian of the child;
- (b) any person with whom the child is living or in whose favour a contact order is in force with respect to the child;
- (c) the child himself.

(3) No court may make a family assistance order unless—

- (a) it is satisfied that the circumstances of the case are exceptional; and
- (b) it has obtained the consent of every person to be named in the order other than the child.

(4) A family assistance order may direct—

- (a) the person named in the order; or
- (b) such of the persons named in the order as may be specified in the order, to take such steps as may be so specified with a view to enabling the officer concerned to be kept informed of the address of any person named in the order and to be allowed to visit any such person.

Family assistance orders

(Anordnung einer Familienhilfe)

Nach *Section 16 (7a+b)* ist eine *Local Authority* nur dann zuständig, wenn sie sich dem Gericht gegenüber einverstanden erklärt, den Fall zu übernehmen, oder wenn das Kind in deren Zuständigkeitsbereich lebt oder leben wird.

4. 4 Kostenbeiträge

„Es liegt in dem Ermessen der *Local Authorities*, ob und in welcher Höhe sie aufbrachte Kosten von Personen zurückverlangen können. Um diese Entscheidung zu treffen, sollten sich die *Local Authorities* immer bewusst sein, dass die Eltern in einigen Fällen die Dienstleistung bereitwilliger akzeptieren, wenn sie die Möglichkeit haben, mit über die Höhe der Kosten bestimmen zu können. Einige könnten von einer eventuellen Unterstützung vor einer Krise abgeschreckt sein, wenn die Höhe des Betrages der Rückzahlung für die Betroffenen unklar ist. Informationen über die Grundsätze der *Local Authorities* sollten für die Gesellschaft ersichtlich sein.

In *Schedule 2 Paragraph 21 Children Act 1989*³⁸ wird der Handlungsspielraum einer *Local Authority* noch mal deutlich. Es sollen nur Beträge zurückverlangt werden,

(5) Unless it specifies a shorter period, a family assistance order shall have effect for a period of six months beginning with the day on which it is made.

(6) Where—

(a) a family assistance order is in force with respect to a child; and

(b) a section 8 order is also in force with respect to the child,

the officer concerned may refer to the court the question whether the section 8 order should be varied or discharged.

(7) A family assistance order shall not be made so as to require a local authority to make an officer of theirs available unless—

(a) the authority agree; or

(b) the child concerned lives or will live within their area.

(8) Where a family assistance order requires a probation officer to be made available, the officer shall be selected in accordance with arrangements made by the probation committee for the area in which the child lives or will live.

(9) If the selected probation officer is unable to carry out his duties, or dies, another probation officer shall be selected in the same manner.

³⁸ Schedule 2, Section 21 Children Act 1989

(1) Where a local authority are looking after a child (other than in the cases mentioned in sub-paragraph (7)) they shall consider whether they should recover contributions towards the child's maintenance from any person liable to contribute ("a contributor").

(2) An authority may only recover contributions from a contributor if they consider it reasonable to do so.

(3) The persons liable to contribute are—

(a) where the child is under sixteen, each of his parents;

(b) where he has reached the age of sixteen, the child himself.

(4) A parent is not liable to contribute during any period when he is in receipt of income support or family credit under the [1986 c. 50.] Social Security Act 1986.

wenn es von der *Local Authority* für erforderlich gehalten wird 21(2). Zudem sind dort Regelungen enthalten, die verdeutlichen, wann keine Kostenerstattungsansprüche für die *Local Authority* bestehen. Dies ist z. B. der Fall, wenn ein Elternteil Sozialhilfe oder ähnliche Leistungen bezieht, oder wenn das Kind als *looked after* von einer *Local Authority* gilt 21(7)³⁹.

„Die *Local Authority*, die Geldbeträge zurückbekommen möchte, muss eine Art Kostenvoranschlag an denjenigen aushändigen, der die Kosten erstatten soll. Dieser Kostenvoranschlag soll eine Summe beziffern, die nicht höher sein soll, als die Summe die eine *Local Authority* für einen ähnlichen Fall bezahlen würde und von der auch erwartet werden kann, dass sie von der Person, die für die Kosten aufkommen muss, in der Höhe bezahlt werden kann.

Der Kostenvoranschlag muss ggf. getroffene Vereinbarungen über die Bezahlung beinhalten. Eine Kostenerstattung kann nur dann erfolgen, wenn die *Local Authority* den Kostenvoranschlag (*Contribution Notice*) verfasst und aushändigt hat (*Schedule 2, 22(1) Children Act 1989*⁴⁰. *Schedule 2 Section 22* gilt nur, wenn der Schuldner den Kostenvoranschlag in vollem Umfang anerkennt“⁴¹.

(5) A person is not liable to contribute towards the maintenance of a child in the care of a local authority in respect of any period during which the child is allowed by the authority (under section 23(5)) to live with a parent of his.

(6) A contributor is not obliged to make any contribution towards a child's maintenance except as agreed or determined in accordance with this Part of this Schedule.

(7) The cases are where the child is looked after by a local authority under—

(a) section 21;

(b) an interim care order;

(c) section 53 of the [1933 c. 12.] Children and Young Persons Act 1933.

³⁹Vgl. <http://www.dh.gov.uk/en/Publicationsandstatistics/Publications/index.htm> 11.04.2008 S. 11

⁴⁰Schedule 2, Section 22 Children Act 1989

Agreed contributions:

(1) Contributions towards a child's maintenance may only be recovered if the local authority have served a notice ("a contribution notice") on the contributor specifying—

(a) the weekly sum which they consider that he should contribute; and

(b) arrangements for payment.

(2) The contribution notice must be in writing and dated.

(3) Arrangements for payment shall, in particular, include—

(a) the date on which liability to contribute begins (which must not be earlier than the date of the notice);

(b) the date on which liability under the notice will end (if the child has not before that date ceased to be looked after by the authority); and

(c) the date on which the first payment is to be made.

(4) The authority may specify in a contribution notice a weekly sum which is a standard contribution determined by them for all children looked after by them.

(5) The authority may not specify in a contribution notice a weekly sum greater than that which they consider—

(a) they would normally be prepared to pay if they had placed a similar child with local authority foster parents; and

„Ist der Schuldner mit der Höhe der Summe oder den Zahlungsvereinbarungen nicht einverstanden, oder zieht er sein Einverständnis zurück, kann die *Local Authority* beim Gericht eine Beitragsanordnung (*Contribution Order*) beantragen. In der Anordnung darf keine höhere Summe gefordert werden, als die, die in dem Kostenvoranschlag festgelegt wurde. Falls sich die *Local Authority* und die Person, von der die Beiträge gefordert werden, auf einen neuen Kostenvoranschlag einigen, setzt dies eine vorhandene Beitragsanordnung außer Kraft. Im Falle einer fehlenden Zustimmung kann eine Beitragsanordnung auf Anforderung verändert oder außer Kraft gesetzt werden. Regelungen dazu sind in *Schedule 2, Section 23 Children Act 1989* enthalten“.⁴²

(b) it is reasonably practicable for the contributor to pay (having regard to his means).
(6) An authority may at any time withdraw a contribution notice (without prejudice to their power to serve another).

(7) Where the authority and the contributor agree—

(a) the sum which the contributor is to contribute; and

(b) arrangements for payment,

(whether as specified in the contribution notice or otherwise) and the contributor notifies the authority in writing that he so agrees, the authority may recover summarily as a civil debt any contribution which is overdue and unpaid.

(8) A contributor may, by serving a notice in writing on the authority, withdraw his agreement in relation to any period of liability falling after the date of service of the notice.

(9) Sub-paragraph (7) is without prejudice to any other method of recovery.

⁴¹ Vgl. [http://www.dh.gov.uk\(FN72\)](http://www.dh.gov.uk(FN72))

⁴² Vgl. [http://www.dh.gov.uk\(FN73\)](http://www.dh.gov.uk(FN73))

Schedule 2, Section 23 Children Act 1989:

(1) Where a contributor has been served with a contribution notice and has—

(a) failed to reach any agreement with the local authority as mentioned in paragraph 22(7) within the period of one month beginning with the day on which the contribution notice was served; or

(b) served a notice under paragraph 22(8) withdrawing his agreement,
the authority may apply to the court for an order under this paragraph.

(2) On such an application the court may make an order (“a contribution order”) requiring the contributor to contribute a weekly sum towards the child’s maintenance in accordance with arrangements for payment specified by the court.

(3) A contribution order—

(a) shall not specify a weekly sum greater than that specified in the contribution notice; and

(b) shall be made with due regard to the contributor’s means.

(4) A contribution order shall not—

(a) take effect before the date specified in the contribution notice; or

(b) have effect while the contributor is not liable to contribute (by virtue of paragraph 21); or

(c) remain in force after the child has ceased to be looked after by the authority who obtained the order.

(5) An authority may not apply to the court under sub-paragraph (1) in relation to a contribution notice which they have withdrawn.

(6) Where—

(a) a contribution order is in force;

(b) the authority serve another contribution notice; and

(c) the contributor and the authority reach an agreement under paragraph 22(7) in respect of that other contribution notice,

the effect of the agreement shall be to discharge the order from the date on which it is agreed that the agreement shall take effect.

Finanzielle Unterstützung vom britischen Staatsministerium:

Das Staatsministerium kann mit der Zustimmung des Finanzministeriums die Teilnahme an Erziehungskursen fördern. Ebenfalls können Zuschüsse an die Anbieter solcher Kurse gewährt werden (*Schedule 2, Section 82(1)*).

Das Ministerium leistet aber auch finanzielle Unterstützung für *Local Authorities* in der Relation zu den Ausgaben die sie geleistet haben, um Unterkunftsplätze in Gemeinschaftsheimen zu ermöglichen und zu sichern (*Schedule 2, Section 82(2)*). Wird jedoch die finanzielle Unterstützung des Ministeriums nicht für den angegebenen Zweck verwendet, kann dieses den Betrag zum Teil aber auch in vollem Umfang zurückverlangen (*Schedule 2, Section 82(3)*).⁴³

(7) Where an agreement is reached under sub-paragraph (6) the authority shall notify the court—

- (a) of the agreement; and
- (b) of the date on which it took effect.

(8) A contribution order may be varied or revoked on the application of the contributor or the authority

(9) In proceedings for the variation of a contribution order, the authority shall specify—

- (a) the weekly sum which, having regard to paragraph 22, they propose that the contributor should contribute under the order as varied; and
- (b) the proposed arrangements for payment.

(10) Where a contribution order is varied, the order—

- (a) shall not specify a weekly sum greater than that specified by the authority in the proceedings for variation; and
- (b) shall be made with due regard to the contributor's means.

(11) An appeal shall lie in accordance with rules of court from any order made under this paragraph.

⁴³ Schedule 2, Section 82 Children Act 1989

Financial support by Secretary of State:

(1) The Secretary of State may (with the consent of the Treasury) defray or contribute towards—

- (a) any fees or expenses incurred by any person undergoing approved child care training;
- (b) any fees charged, or expenses incurred, by any person providing approved child care training or preparing material for use in connection with such training; or
- (c) the cost of maintaining any person undergoing such training.

(2) The Secretary of State may make grants to local authorities in respect of expenditure incurred by them in providing secure accommodation in community homes other than assisted community homes.

(3) Where—

- (a) a grant has been made under subsection (2) with respect to any secure accommodation; but
 - (b) the grant is not used for the purpose for which it was made or the accommodation is not used as, or ceases to be used as, secure accommodation,
- the Secretary of State may (with the consent of the Treasury) require the authority concerned to repay the grant, in whole or in part.

(4) The Secretary of State may make grants to voluntary organisations towards—

- (a) expenditure incurred by them in connection with the establishment, maintenance or improvement of voluntary homes which, at the time when the expenditure was incurred—
 - (i) were assisted community homes; or
 - (ii) were designated as such; or
- (b) expenses incurred in respect of the borrowing of money to defray any such expenditure.

5. Regelungen für Kinder in privaten Pflegeverhältnissen

Section 66 Children Act 1989⁴⁴

Privately fostered children

Section 66(1) Children Act 1989 besagt, in welchen Fällen ein Kind als *privately fostered child* gilt.

„Kinder, die in England privat in Pflege genommen werden, sind jünger als 16 und werden nicht in einer öffentlichen Einrichtung betreut, sondern von jemand anderem außer den Eltern oder nahen Verwandten für mindestens 28 Tage (siehe Section 66 Children Act 1989). Viele dieser Kinder kommen aus dem Ausland (in England speziell aus Jamaika und Westafrika), um bessere Möglichkeiten für eine Ausbildung zu haben. Aber auch Flüchtlinge oder Menschen, die Opfer von Menschenhandel wurden, gelangen so unter anderem auch nach England. Diese Kinder sind im privaten Bereich extrem verletzlich, werden von der Gesellschaft nicht beachtet und haben keine nahen Familienmitglieder die sie versorgen und beschützen. Der Children Act 1989 hat unter anderem auch die Aufgabe, Angelegenheiten im Bereich der priva-

(5) The Secretary of State may arrange for the provision, equipment and maintenance of homes for the accommodation of children who are in need of particular facilities and services which—

(a) are or will be provided in those homes; and

(b) in the opinion of the Secretary of State, are unlikely to be readily available in community homes.

(6) In this Part—

“child care training” means training undergone by any person with a view to, or in the course of—

(a) his employment for the purposes of any of the functions mentioned in section 83(9) or in connection with the adoption of children or with the accommodation of children in a residential care home, nursing home or mental nursing home; or

(b) his employment by a voluntary organisation for similar purposes;

“approved child care training” means child care training which is approved by the Secretary of State; and

“secure accommodation” means accommodation provided for the purpose of restricting the liberty of children.

(7) Any grant made under this section shall be of such amount, and shall be subject to such conditions, as the Secretary of State may (with the consent of the Treasury) determine.

⁴⁴ Section 66 Children Act 1989

Privately fostered children:

(1) In this Part—

(a) “a privately fostered child” means a child who is under the age of sixteen and who is cared for, and provided with accommodation by, someone other than—

(i) a parent of his;

(ii) a person who is not a parent of his but who has parental responsibility for him; or

(iii) a relative of his; and

(b) “to foster a child privately” means to look after the child in circumstances in which he is a privately fostered child as defined by this section.

(...)

ten Pflege zu regeln und zu beaufsichtigen. Das Gesetz bietet aber nicht immer einen sicheren und effektiven Schutz für Kinder im Bereich der privaten Pflege“.⁴⁵

„Bei den privat in Pflege genommenen Kindern bestimmt *Section 67(1) Children Act 1989* die zuständige *Local Authority*.⁴⁶

“Die Pflichten gegenüber privat in Pflege genommene Kinder liegen bei der *Local Authority*, in deren Zuständigkeitsbereich das Kind privat untergebracht ist“. ⁴⁷ „Die *Local Authority* muss versuchen das Kind so nah wie möglich an seinem vorherigen Heimatort unterzubringen“. ⁴⁸

Es gibt zudem Ausnahmen, in denen ein Kind nicht als *privately fostered child* gilt. Diese sind in *Schedule 8 Children Act 1989* aufgeführt.⁴⁹

⁴⁵ Vgl. http://www.issuk.org.uk/what_we_do/privately_fostered_children.htm 25.05.08

⁴⁶ *Section 67 Children Act 1989*

Welfare of privately fostered children:

(1) It shall be the duty of every local authority to satisfy themselves that the welfare of children who are privately fostered within their area is being satisfactorily safeguarded and promoted and to secure that such advice is given to those caring for them as appears to the authority to be needed.

(2) The Secretary of State may make regulations—

(a) requiring every child who is privately fostered within a local authority's area to be visited by an officer of the authority—

(i) in prescribed circumstances; and

(ii) on specified occasions or within specified periods; and

(b) imposing requirements which are to be met by any local authority, or officer of a local authority, in carrying out functions under this section.

(3) Where any person who is authorised by a local authority to visit privately fostered children has reasonable cause to believe that—

(a) any privately fostered child is being accommodated in premises within the authority's area; or

(b) it is proposed to accommodate any such child in any such premises,

he may at any reasonable time inspect those premises and any children there.

(4) Any person exercising the power under subsection (3) shall, if so required, produce some duly authenticated document showing his authority to do so.

(5) Where a local authority are not satisfied that the welfare of any child who is privately fostered within their area is being satisfactorily safeguarded or promoted they shall—

(a) unless they consider that it would not be in the best interests of the child, take such steps as are reasonably practicable to secure that the care and accommodation of the child is undertaken by—

(i) a parent of his;

(ii) any person who is not a parent of his but who has parental responsibility for him; or

(iii) a relative of his; and

(b) consider the extent to which (if at all) they should exercise any of their functions under this Act with respect to the child.

⁴⁷ Vgl. <http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008 S.5

⁴⁸ Vgl. Martin Thomas, John Pierson: Collins dictionary of Social Work, Second edition 2002, S.85

⁴⁹ *SCHEDULE 8 Privately Fostered Children*

Exemptions

1 A child is not a privately fostered child while he is being looked after by a local authority.

6. Regelungen für special guardianship (spezielle Vormundschaft)

„Der *Adoption und Children Act 2002* hat eine neue Bestimmung (die *Special Guardianship order*) in den *Children Act 1989* integriert. Die Regelungen diesbezüglich finden sich in *Section 14A-14G Children Act 1989* wieder, oder in den *Special Guardianship Regulations 2005 SI 2005/1109*.

Ein spezieller Vormund muss mindestens 18 Jahre alt sein und darf nicht Vater oder Mutter des Kindes sein (*Section 14A(2)*). Gewisse Leute sind dazu berechtigt, sich als *Special Guardian* zu bewerben. Diese werden in *Section 14A(5)* genau bezeichnet.

Zu dem Personenkreis gehören unter anderem jeder Vormund des Kindes, jeder zu dessen Gunsten eine *Residence Order* in Kraft ist, jede Person, mit der das Kind mindestens 3 der letzten 5 Jahre zusammengelebt hat und Pflegeeltern bei denen das Kind bis vor der Antragsstellung mindestens 1 Jahr gelebt hat.

Bevor eine Bewerbung für eine *Special Guardianship Order* abgegeben wird, muss sich der Bewerber 3 Monate vor der Bewerbung bei der *Local Authority* melden, von

2 (1) A child is not a privately fostered child while he is in the care of any person— (a) in premises in which any—

(i) parent of his;

(ii) person who is not a parent of his but who has parental responsibility for him; or

(iii) person who is a relative of his and who has assumed responsibility for his care, is for the time being living;

(b) in any children's home;

(c) in accommodation provided by or on behalf of any voluntary organisation;

(d) in any school in which he is receiving full-time education;

(e) in any health service hospital;

(f) in any residential care home, nursing home or mental nursing home; or

(g) in any home or institution not specified in this paragraph but provided, equipped and maintained by the Secretary of State.

(2) Sub-paragraph (1)(b) to (g) does not apply where the person caring for the child is doing so in his personal capacity and not in the course of carrying out his duties in relation to the establishment mentioned in the paragraph in question.

3 A child is not a privately fostered child while he is in the care of any person in compliance with—

(a) an order under section 7(7)(b) of the [1969 c. 54.] Children and Young Persons Act 1969; or

(b) a supervision requirement within the meaning of the [1968 c. 49.] Social Work (Scotland) Act 1968.

4 A child is not a privately fostered child while he is liable to be detained, or subject to guardianship, under the [1983 c. 20.] Mental Health Act 1983.

5 A child is not a privately fostered child while—

(a) he is placed in the care of a person who proposes to adopt him under arrangements made by an adoption agency within the meaning of—

(i) section 1 of the [1976 c. 36.] Adoption Act 1976;

(ii) section 1 of the [1978 c. 28.] Adoption (Scotland) Act 1978; or

(iii) Article 3 of the [S.I. 1987/2203 (N.I. 22).] Adoption (Northern Ireland) Order 1987; or

(b) he is a protected child.

der das Kind untergebracht wurde, oder falls eine *Care Order* für das Kind besteht, bei der *Local Authority* die vom Gericht als zuständig erklärt wurde. Wurde das Kind von keiner *Local Authority* untergebracht und ist für das Kind keine *Care Order* in Kraft, muss sich der Bewerber an die *Local Authority* wenden, in deren Zuständigkeitsbereich er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat (*Section 14A(7) Children Act 1989*).⁵⁰

⁵⁰Vgl. http://www.issuk.org.uk/what_we_do/privately_fostered_children.htm 25.05.08 16.04. 2008 S. 24

Special guardianship

14A Children Act 1989-Special guardianship orders:

- (1) A “special guardianship order” is an order appointing one or more individuals to be a child’s “special guardian” (or special guardians).
- (2) A special guardian—
 - (a) must be aged eighteen or over; and
 - (b) must not be a parent of the child in question,and subsections (3) to (6) are to be read in that light.
- (3) The court may make a special guardianship order with respect to any child on the application of an individual who—
 - (a) is entitled to make such an application with respect to the child; or
 - (b) has obtained the leave of the court to make the application,or on the joint application of more than one such individual.
- (4) Section 9(3) applies in relation to an application for leave to apply for a special guardianship order as it applies in relation to an application for leave to apply for a section 8 order.
- (5) The individuals who are entitled to apply for a special guardianship order with respect to a child are—
 - (a) any guardian of the child;
 - (b) any individual in whose favour a residence order is in force with respect to the child;
 - (c) any individual listed in subsection (5)(b) or (c) of section 10 (as read with subsection (10) of that section);
 - (d) a local authority foster parent with whom the child has lived for a period of at least one year immediately preceding the application.
- (6) The court may also make a special guardianship order with respect to a child in any family proceedings in which a question arises with respect to the welfare of the child if—
 - (a) an application for the order has been made by an individual who falls within subsection (3)(a) or (b) (or more than one such individual jointly); or
 - (b) the court considers that a special guardianship order should be made even though no such application has been made.
- (7) No individual may make an application under subsection (3) or (6)(a) unless, before the beginning of the period of three months ending with the date of the application, he has given written notice of his intention to make the application—
 - (a) if the child in question is being looked after by a local authority, to that local authority, or
 - (b) otherwise, to the local authority in whose area the individual is ordinarily resident.
- (8) On receipt of such a notice, the local authority must investigate the matter and prepare a report for the court dealing with—
 - (a) the suitability of the applicant to be a special guardian;
 - (b) such matters (if any) as may be prescribed by the Secretary of State; and
 - (c) any other matter which the local authority consider to be relevant.
- (9) The court may itself ask a local authority to conduct such an investigation and prepare such a report, and the local authority must do so.

Eine *Special Guardianship Order* überträgt dem speziellen Vormund die elterliche Verantwortung für das Kind. Anders als bei einer *Adoption Order* unterbricht die *Special Guardianship Order* nicht die elterliche Verantwortung von anderen, obwohl sie eine „care order“ oder eine *Residence Order* außer Kraft setzt (*Section 14C Children Act 1989*).⁵¹

(10) The local authority may make such arrangements as they see fit for any person to act on their behalf in connection with conducting an investigation or preparing a report referred to in subsection (8) or (9).

(11) The court may not make a special guardianship order unless it has received a report dealing with the matters referred to in subsection (8).

(12) Subsections (8) and (9) of section 10 apply in relation to special guardianship orders as they apply in relation to section 8 orders.

(13) This section is subject to section 29(5) and (6) of the Adoption and Children Act 2002.

⁵¹ 14B Children Act 1989- Special guardianship orders: making:

(1) Before making a special guardianship order, the court must consider whether, if the order were made—

(a) a contact order should also be made with respect to the child, and

(b) any section 8 order in force with respect to the child should be varied or discharged.

(2) On making a special guardianship order, the court may also—

(a) give leave for the child to be known by a new surname;

(b) grant the leave required by section 14C(3)(b), either generally or for specified purposes.

14C Children Act 1989- Special guardianship orders: effect

(1) The effect of a special guardianship order is that while the order remains in force—

(a) a special guardian appointed by the order has parental responsibility for the child in respect of whom it is made; and

(b) subject to any other order in force with respect to the child under this Act, a special guardian is entitled to exercise parental responsibility to the exclusion of any other person with parental responsibility for the child (apart from another special guardian).

(2) Subsection (1) does not affect—

(a) the operation of any enactment or rule of law which requires the consent of more than one person with parental responsibility in a matter affecting the child; or

(b) any rights which a parent of the child has in relation to the child's adoption or placement for adoption.

(3) While a special guardianship order is in force with respect to a child, no person may—

(a) cause the child to be known by a new surname; or

(b) remove him from the United Kingdom,

without either the written consent of every person who has parental responsibility for the child or the leave of the court.

(4) Subsection (3)(b) does not prevent the removal of a child, for a period of less than three months, by a special guardian of his.

(5) If the child with respect to whom a special guardianship order is in force dies, his special guardian must take reasonable steps to give notice of that fact to—

(a) each parent of the child with parental responsibility; and

(b) each guardian of the child,

but if the child has more than one special guardian, and one of them has taken such steps in relation to a particular parent or guardian, any other special guardian need not do so as respects that parent or guardian.

(6) This section is subject to section 29(7) of the Adoption and Children Act 2002.

14D Children Act 1989- Special guardianship orders: variation and discharge:

(1) The court may vary or discharge a special guardianship order on the application of—

(a) the special guardian (or any of them, if there are more than one);

(b) any parent or guardian of the child concerned;

Section 14F Children Act 1989⁵² verpflichtet alle *Local Authorities* in ihrem Zuständigkeitsbereich einen *Special Guardianship Support Service* anzubieten (14F(1)). Dieses

-
- (c) any individual in whose favour a residence order is in force with respect to the child;
 - (d) any individual not falling within any of paragraphs (a) to (c) who has, or immediately before the making of the special guardianship order had, parental responsibility for the child;
 - (e) the child himself; or
 - (f) a local authority designated in a care order with respect to the child.

(2) In any family proceedings in which a question arises with respect to the welfare of a child with respect to whom a special guardianship order is in force, the court may also vary or discharge the special guardianship order if it considers that the order should be varied or discharged, even though no application has been made under subsection (1).

(3) The following must obtain the leave of the court before making an application under subsection (1)—

- (a) the child;
- (b) any parent or guardian of his;
- (c) any step-parent of his who has acquired, and has not lost, parental responsibility for him by virtue of section 4A;
- (d) any individual falling within subsection (1)(d) who immediately before the making of the special guardianship order had, but no longer has, parental responsibility for him.

(4) Where the person applying for leave to make an application under subsection (1) is the child, the court may only grant leave if it is satisfied that he has sufficient understanding to make the proposed application under subsection (1).

(5) The court may not grant leave to a person falling within subsection (3)(b)(c) or (d) unless it is satisfied that there has been a significant change in circumstances since the making of the special guardianship order.

14E Children Act 1989- Special guardianship orders: supplementary:

(1) In proceedings in which any question of making, varying or discharging a special guardianship order arises, the court shall (in the light of any rules made by virtue of subsection (3))—

- (a) draw up a timetable with a view to determining the question without delay; and
- (b) give such directions as it considers appropriate for the purpose of ensuring, so far as is reasonably practicable, that the timetable is adhered to.

(2) Subsection (1) applies also in relation to proceedings in which any other question with respect to a special guardianship order arises.

(3) The power to make rules in subsection (2) of section 11 applies for the purposes of this section as it applies for the purposes of that.

(4) A special guardianship order, or an order varying one, may contain provisions which are to have effect for a specified period.

(5) Section 11(7) (apart from paragraph (c)) applies in relation to special guardianship orders and orders varying them as it applies in relation to section 8 orders.

⁵² 14F Children Act 1989- Special guardianship support services:

(1) Each local authority must make arrangements for the provision within their area of special guardianship support services, which means—

- (a) counselling, advice and information; and
- (b) such other services as are prescribed,

in relation to special guardianship.

(2) The power to make regulations under subsection (1)(b) is to be exercised so as to secure that local authorities provide financial support.

(3) At the request of any of the following persons—

- (a) a child with respect to whom a special guardianship order is in force;
- (b) a special guardian;
- (c) a parent;

(d) any other person who falls within a prescribed description,

a local authority may carry out an assessment of that person's needs for special guardianship support services (but, if the Secretary of State so provides in regulations, they must do so if he

is a person of a prescribed description, or if his case falls within a prescribed description, or if both he and his case fall within prescribed descriptions).

(4) A local authority may, at the request of any other person, carry out an assessment of that person's needs for special guardianship support services.

(5) Where, as a result of an assessment, a local authority decide that a person has needs for special guardianship support services, they must then decide whether to provide any such services to that person.

(6) If—

(a) a local authority decide to provide any special guardianship support services to a person, and

(b) the circumstances fall within a prescribed description, the local authority must prepare a plan in accordance with which special guardianship support services are to be provided to him, and keep the plan under review.

(7) The Secretary of State may by regulations make provision about assessments, preparing and reviewing plans, the provision of special guardianship support services in accordance with plans and reviewing the provision of special guardianship support services.

(8) The regulations may in particular make provision—

(a) about the type of assessment which is to be carried out, or the way in which an assessment is to be carried out;

(b) about the way in which a plan is to be prepared;

(c) about the way in which, and the time at which, a plan or the provision of special guardianship support services is to be reviewed;

(d) about the considerations to which a local authority are to have regard in carrying out an assessment or review or preparing a plan;

(e) as to the circumstances in which a local authority may provide special guardianship support services subject to conditions (including conditions as to payment for the support or the repayment of financial support);

(f) as to the consequences of conditions imposed by virtue of paragraph (e) not being met (including the recovery of any financial support provided);

(g) as to the circumstances in which this section may apply to a local authority in respect of persons who are outside that local authority's area;

(h) as to the circumstances in which a local authority may recover from another local authority the expenses of providing special guardianship support services to any person.

(9) A local authority may provide special guardianship support services (or any part of them) by securing their provision by—

(a) another local authority; or

(b) a person within a description prescribed in regulations of persons who may provide special guardianship support services, and may also arrange with any such authority or person for that other authority or that person to carry out the local authority's functions in relation to assessments under this section.

(10) A local authority may carry out an assessment of the needs of any person for the purposes of this section at the same time as an assessment of his needs is made under any other provision of this Act or under any other enactment.

(11) Section 27 (co-operation between authorities) applies in relation to the exercise of functions of a local authority under this section as it applies in relation to the exercise of functions of a local authority under Part 3.

14G Children Act 1989- Special guardianship support services: representations:

(1) Every local authority shall establish a procedure for considering representations (including complaints) made to them by any person to whom they may provide special guardianship support services about the discharge of their functions under section 14F in relation to him.

(2) Regulations may be made by the Secretary of State imposing time limits on the making of representations under subsection (1).

(3) In considering representations under subsection (1), a local authority shall comply with regulations (if any) made by the Secretary of State for the purposes of this subsection."

(2) The 1989 Act is amended as follows.

Unterstützungsangebot beinhaltet auch die finanzielle Unterstützung. Die Unterstützung kann auch noch nach dem 18. Geburtstag erfolgen, wenn sich das Kind danach noch in einer Vollzeiterziehung befindet. Ist der spezielle Vormund ein/e frühere/r Pflegevater/Mutter, kann die Unterstützung in manchen Umständen auch Bezahlung oder Entlohnung beinhalten.

Die spezielle Vormundschaft (*Special Guardianship*) wurde eingeführt, um Kindern eine ständige Alternative bieten zu können, für die eine Adoption nicht geeignet wäre.

7. Zusammenfassung/Vergleich der Regelungen zur Zuständigkeit und Kostenerstattung zwischen Deutschland und England

Die Zuständigkeit der *Local Authorities* kann in England weitaus einfacher und damit auch schneller bestimmt werden, als in Deutschland der zuständige örtliche bzw. überörtliche Jugendhilfeträger. Der Ort an dem sich ein Mensch gewöhnlich aufhält, ist aufgrund der Unbestimmtheit des Rechtsbegriffs schwer zu bestimmen, der tatsächliche Aufenthaltsort ist jedoch eine reine Tatsachenfrage. Während in Deutschland der gewöhnliche Aufenthalt der Eltern oder des Personensorgeberechtigten des Kindes maßgeblich für die Bestimmung des zuständigen Jugendamtes ist, bestimmt in England der tatsächliche Aufenthaltsort des Kindes die zuständige *Local Authority* für die Gewährung der Hilfeleistung. Der Vorteil ist, dass der tatsächliche Aufenthaltsort die zuständige *Local Authority* klar bestimmt und die Hilfeleistungen schnell bereitgestellt werden können. Voraussetzung ist allerdings, dass die Hilfestellung freiwillig von den Kindern, den Eltern oder Familienmitgliedern in Anspruch genommen wird.

(3) In section 1 (welfare of the child), in subsection (4)(b), after “discharge” there is inserted “a special guardianship order or”.

(4) In section 5 (appointment of guardians)—

(a) in subsection (1)—

(i) in paragraph (b), for “or guardian” there is substituted “, guardian or special guardian”, and

(ii) at the end of paragraph (b) there is inserted “; or

(c) paragraph (b) does not apply, and the child's only or last surviving special guardian dies.”,

(b) in subsection (4), at the end there is inserted “; and a special guardian of a child may appoint another individual to be the child's guardian in the event of his death”, and

(c) in subsection (7), at the end of paragraph (b) there is inserted “or he was the child's only (or last surviving) special guardian”.

Forschungsprojekt „Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung in der Kinder- und Jugendhilfe“

Wird in England eine Hilfeleistung aufgrund einer gerichtlichen Anordnung eingesetzt, bestimmt das Gericht die zuständige *Local Authority*. Meist ist es diejenige, in deren Zuständigkeitsbereich sich das Kind gewöhnlich aufhält.

Der Bereich der Zuständigkeit ist also in England einfacher zu bestimmen als in Deutschland und es entfallen somit langwierige Prozesse der Zuständigkeitsklärung.

In England werden in allen Bereichen sehr viele Entscheidungen von einem Gericht getroffen. Im Bereich der Jugendhilfe sind dies, wie im Verlauf der Arbeit schon erwähnt, die gerichtlichen Anordnungen (*Court Orders*). Ist bei einer *Court Order* kein gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes vorhanden, kann das Gericht den zuständigen Träger bestimmen. Das bedeutet, dass es für den großen Bereich der gerichtlichen Anordnungen keine Probleme bei den Zuständigkeitszuweisungen gibt und somit im Gegensatz zu Deutschland keine komplizierten Regelungen vorhanden sind.

Die Folge der klaren Zuständigkeitsverteilung bei freiwilliger Hilfe oder bei gerichtlichen Anordnungen ist, dass Kostenerstattungsregelungen in England wesentlich einfacher und kürzer sind, als die Regelungen in Deutschland.

Ein großer Unterschied ist, dass es in England keine der Höhe nach feststehenden Kostenbeiträge gibt. Wurde z.B. eine Hilfeleistung nach *Section 17 oder 18 Children Act 1989* erbracht und kann der Anspruchsinhaber die Hilfeleistung nicht in vollem Umfang bezahlen, gibt es verschiedene Möglichkeiten für die *Local Authority* das entstandene finanzielle Defizit wieder auszugleichen. Dies kann z.B. durch den Austausch von Finanzleistungen unter den verschiedenen Institutionen erreicht werden. In England gibt es eine Art Bürgschaftsteuer, die die Einwohner regelmäßig z. B. für ihr Haus bezahlen müssen (falls es aufgrund ihrer finanziellen Situation von ihnen erwartet werden kann). Diese Einkünfte eines Verwaltungsbezirkes können ebenfalls für den finanziellen Ausgleich verwendet werden. Im Allgemeinen ist der Bereich der Finanzierungen von Hilfeleistungen in der Jugendhilfe aber auch in anderen Teilen der Sozialleistungen in England sehr umfangreich und könnte die Grundlage für eine weitere Forschungsarbeit bilden.

Im Bereich der Kostenerstattung ist in den deutschen und den englischen Regelungen eine wichtige Gemeinsamkeit vorhanden. Hierbei handelt es sich in England um *Section 29 (7+8) Children Act 1989* (Kostenerstattung bei Bereitstellung einer Unterkunft) und in Deutschland um den § 89e SGB VIII. Beide Paragraphen sollen die Jugendhilfeträger der beiden Länder vor einer übermäßigen Kostenbelastung im Bereich der Unterbringung schützen.

Forschungsprojekt „Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung in der Kinder- und Jugendhilfe“

Allgemein ist in England das Handlungsfeld der Träger der Jugendhilfe (*Local Authorities*) weniger „starr“ geregelt als in Deutschland. Die *Local Authorities* genießen einen großen Handlungsspielraum im Bereich der Jugendhilfe. Unter anderem können die *Local Authorities* im eigenen Ermessen entscheiden, ob und wie viel Geld bei Hilfeleistungen nach *Section 17&18* zurückerstattet werden soll, ob sie in manchen Fällen einer anderen *Local Authority* behilflich sein sollen, oder ob im Falle eines Umzuges des Hilfeempfängers die Zuständigkeit beibehalten oder an eine andere *Local Authority* übergeben wird. Alle *Local Authorities* sind jedoch verpflichtet Hilfeleistungen für ihren Zuständigkeitsbereich bereitzustellen. Ob und wie weit der große Handlungsspielraum der *Local Authorities* zu Problemen führt, ist fraglich.

8. Literaturverzeichnis

-BERNZEN, Christian, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, Kohlhammer, Stuttgart 2005

-ESCHELBACH, Diana, Mögliche rechtliche Ansatzpunkte für eine Neuregelung der örtlichen Zuständigkeit und Kostenerstattung in der Kinder- und Jugendhilfe Teil I- Systematisierung nach Aufgaben Stand: 15. Januar 2008

-KÜFNER, Marion, Mögliche rechtliche Ansatzpunkte für eine Neuregelung der örtlichen Zuständigkeit und Kostenerstattung in der Kinder- und Jugendhilfe- Räumliche Veränderungen, Stand 15. Januar 2008

-KÜFNER, Marion, Mögliche rechtliche Ansatzpunkte für eine Neuregelung der örtlichen Zuständigkeit und Kostenerstattung in der Kinder- und Jugendhilfe- Systematisierung nach Personen, Stand 15. Januar 2008

-MÖLLER, Winfried/NIX, Christoph, Kurzcommentare zum SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, Ernst Reinhardt Verlag 2006

-MÜNDER, Johannes, u.a. Frankfurter Kommentar zum SGB VIII: Kinder und Jugendhilfe-5., vollständig überarbeitete Auflage, Juventa Verlag, 2006 (Gesetzesstand: 1.4.2006)

-PHILIPPS, Axel, Lebensformen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien- Systematisierung nach Lebensformen, Stand 15. Januar 2008

-PROJEKTANTRAG DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR JUGENDHILFE UND FAMILIENRECHT(DIJuF) e.V., Praxisforschung zur Entwicklung von Vorschlägen für eine Neuregelung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit (§§ 86 ff. SGB VIII) und Kostenerstattung (§§ 89 ff. SGB VIII) innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe, 7. Dezember 2008

-THOMAS, Martin/PIERSON, John, Collins dictionary of Social Work, Second edition 2002

Forschungsprojekt „Örtliche Zuständigkeit und Kostenerstattung in der Kinder- und Jugendhilfe“

-WABNITZ, Reinhard, Grundkurs Kinder- und Jugendhilferecht für die Soziale Arbeit, Ernst Reinhardt Verlag München/Basel 2007

Quellen aus dem Internet:

<http://www.bristol-cgps.org.uk/guidance/procedures/in/pdf/referral-identifying-LA.pdf> 24.04.2008

<http://www.dfes.gov.uk/localauthorities/index.cfm?action=subsubject&subsubjectID=153&subjectID=13> 16.04.2008

<http://www.dh.gov.uk/en/Publicationsandstatistics/Publications/index.html>
11.04.2008

http://www.issuk.org.uk/what_we_do/privately_fostered_children.htm 25.05.2008

http://www.issuk.org.uk/what_we_do/privately_fostered_children.htm 25.05.08
16.04.2008

<http://www.nolo.com/article.cfm/pg/2/objectId/65D53BB5-35D2-4336-A261FF502C99F958/catId/5F2ECF95-E8DD-4A04-A0A6FEB1213633FE/118/122/186/FAQ/> 10.03.2008

<http://tagesschau.de/multimedia/sendung/ts4792.html> 13.05.2008